

Hansestadt Lüneburg
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 4. Februar 2026

Änderungsantrag: Stärkung des Quartiersmanagements ‚Am Weißen Turm‘

(ergänzend zur Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht der städtebaulichen Gesamtmaßnahme ‚Am Weißen Turm‘ (BV/12292/26))

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht zur städtebaulichen Gesamtmaßnahme ‚Am Weißen Turm‘ macht deutlich, dass einzelne ursprünglich vorgesehene Maßnahmen nicht umgesetzt werden konnten. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, ergänzend zu prüfen, welche unterstützenden Strukturen dazu beitragen können, die Umsetzung förderfähiger Maßnahmen künftig zu stärken.

Der Rat beschließt ergänzend zur Beschlussvorlage der Verwaltung:

1. Die Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht der städtebaulichen Gesamtmaßnahme ‚Am Weißen Turm‘ wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ergänzend gebeten zu prüfen, ob und in welchem Umfang eine Stärkung der Maßnahmen in den Bereichen Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Quartiersmanagement (Kostenposition 1.1) zur Unterstützung der Umsetzung und Aktivierung förderfähiger Maßnahmen im Sanierungsgebiet beitragen kann.
3. Die Verwaltung berichtet dem Rat über
 - mögliche Optionen zur Weiterentwicklung des Quartiersmanagements,
 - die damit verbundenen organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen,
 - sowie über etwaige Auswirkungen auf die Umsetzung der Ziele des Programms „Sozialer Zusammenhalt“.

Begründung

Die vorgelegte Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht stellt nachvollziehbar dar, dass einzelne ursprünglich vorgesehene Maßnahmen im Sanierungsgebiet ‚Am Weißen Turm‘ aus veränderten Rahmenbedingungen heraus nicht umgesetzt werden konnten oder aus anderen Förderprogrammen finanziert werden. Dies betrifft insbesondere bauliche Maßnahmen, Grunderwerb sowie Modernisierungen, die von Eigentümer*innen eigenfinanziert umgesetzt wurden.

Insgesamt wurden dadurch Kosten in Höhe von rund 2,2 Mio. Euro nicht aktiviert, deren Fördermittel bereits an die Fördergeber zurückgegeben wurden. Diese Entwicklung macht deutlich, dass im Sanierungsgebiet zwar grundsätzlich Investitionsbereitschaft vorhanden ist, die

Umsetzung förderfähiger Maßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung jedoch nur eingeschränkt gelungen ist.

Die Situation ist nicht Ausdruck fehlender Förderfähigkeit des Gebiets, sondern weist auf eine strukturelle Unterausstattung des Quartiersmanagements hin. Mit einem Umfang von lediglich 19 Wochenstunden ist es faktisch nicht möglich, die für den Programmbereich „Sozialer Zusammenhalt“ notwendige aufsuchende Aktivierungs-, Beratungs- und Koordinierungsarbeit in ausreichendem Maß zu leisten.

Städtebaufördermittel sind keine Selbstläufer. Sie erfordern:

- kontinuierliche Präsenz im Quartier,
- aktive Ansprache von Bewohner*innen, Initiativen und Eigentümer*innen,
- Unterstützung bei der Entwicklung und Antragstellung von Projekten,
- sowie vermittelnde Arbeit zwischen Quartier, Verwaltung und Politik.

Gerade diese Aufgaben bleiben bei einer stark begrenzten Stundenzahl zwangsläufig auf der Strecke.

Unabhängig davon erscheint es sinnvoll, im weiteren Verlauf der Gesamtmaßnahme zu prüfen, welche unterstützenden Strukturen dazu beitragen können, förderfähige Projekte frühzeitig zu identifizieren, zu entwickeln und zu begleiten. Hierbei kommt den Bereichen Bürgerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit und Quartiersmanagement eine besondere Bedeutung zu. Die derzeitige Ausstattung des Quartiersmanagements lässt kaum Raum für aufsuchende Kommunikation, intensive Eigentümeransprache, Projektanbahnung und Begleitung komplexer Förderprozesse. Gerade diese Leistungen sind jedoch Voraussetzung dafür, dass Städtebaufördermittel tatsächlich wirksam eingesetzt werden können.

Eine stärkere Präsenz und Ansprache im Quartier kann insbesondere bei komplexen Förderprozessen dazu beitragen, Hemmnisse abzubauen und die Umsetzung von Maßnahmen zu erleichtern. Der Änderungsantrag zielt daher darauf ab, perspektivisch Handlungsspielräume auszuloten, ohne die vorliegende Fortschreibung oder bereits getroffene Entscheidungen in Frage zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen



Gruppensprecherin

Die Linke